

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr. Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Freitag

18
Januar

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zweig-Verkaufsstellen in Oestrich (Otto Effenke), Marktstraße 9 und Eltville (H. Gohlig Witwe), Ecke Gutenberg- und Launstraße.
Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Hauptgeschäftsführer Dr. phil. Franz Senke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Effenke-Oestrich; für Geschäftsstellen und den Anzeigenenteil: H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden

Bezugspreis für das Vierteljahr 3 Mark, für den Monat 1 Mark, frei ins Haus; durch die Post für den Vierteljahr 3,42 Mark, monatlich 1,14 Mark mit Postgeld. — Einzelgenpreis: 20 Pf. für die Klein-Zeile, für auswärtige Anzeigen 30 Pf. Nachzahlung 1,50 Mark; bei Wiederholungen wird entsprechender Nachlass gewährt. Schluss der Anzeigenannahme: Für größere Anzeigen am Abend vor dem Erscheinungstage um 6 Uhr, für kleinere Anzeigen morgens 9 Uhr.
Postfach-Konto: Nr. 1622 beim Postamt Frankfurt a. M.
36. Jahrgang

Die politische Arena

Wenn man sich in die Bestürze der Verhandlungen von Brest-Litowsk hineinbegibt, wenn man insbesondere die Aussenpolitik liest, der mit diktorischer Vollkommenheit ausgerüstet das ehemalige Jarenreich vertritt, dann wird man den Gedanken nicht los, daß die Herren Russen den Verhandlungsraum als eine politische Arena betrachten, um von hier aus Vorlesungen über die hohe Politik an die Menschheit ergehen zu lassen. Wie könnte es auch anders sein! Der sich politisch zum Sozialismus bekennende, für den gibt es keine anderen Fragen, der sucht in allen Vagen und zu allen Zeiten Propaganda zu machen für das von ihm vertretene ökonomische System. Die unabhängigen Genossen in Deutschland informieren ihre Gefinnungsbrüder im feindlichen Ausland, daß der Krieg unter allen Umständen fortgesetzt werden müsse, weil die Gedanken der Revolution mit einer längeren Dauer des Krieges auf einen immer fruchtbareren Boden fielen. Was ist es die Unabhängigen, wenn der Krieg dadurch verlängert würde, wenn weitere Tausende der Tod finden, wenn das ganze Volk aus fürderhin bluten muß. Hauptfrage ist, daß ihre theoretischen Ziele der Bevölkerung näherbrücken. Auch die rechtsgerichteten Genossen in Deutschland, nehmen einst und allein die Interessen des internationalen Sozialismus wahr. Sie sind gegen Annexionen, weil das angeblich gegen das sozialdemokratische Glaubensbekenntnis verstößt. Sie lehnen Entschädigungen ab, damit die Massen unter dem Druck der sozialen Not sich den falschen Propheten umso willfähriger zeigen. Wenn eine solche Haltung in Deutschland möglich ist, so darf man sich über Trotski nicht wundern. Sind doch die russischen Sozialisten aus den verschiedensten Gründen noch mehr von theoretischer Ideologie angekränelt. Darüber verweisen sie völlig die historische Entwicklung; wie sie sich die Welt in ihren Träumereien malen, so soll sie sofort gestaltet werden.

Von der politischen Arena in Brest-Litowsk aus suchen die Russen kommunistische Brandstiftung zu propagieren. In dem Augenblicke, da der Waffenstillstand im Osten abgeschlossen war, richteten sie Funkbrüche und Ermahnungen an das deutsche Volk, sofort in die Fußstapfen der russischen Soldaten zu treten und Revolution zu machen. Solche Aufforderungen waren zweifellos im höchsten Maße ungehörig und es war darum nur recht und billig, wenn General Hoffmann gegen das russische Vorgehen strenge Verwahrung einlegte. Den seinen Geist und den rechten Ton, der lenkt man nur um des Feldherrn Person — diese Worte aus Schillers Wallenstein sind durchaus am Platze. Auch in den Verhandlungen selbst klingt es immer wieder durch, wie die russische Delegation als höchstes Ziel die Einführung des Sozialismus anerkennt. Demgemäß will sie den Frieden gestalten. Dabei freilich hängen sich Widerprüche auf Widerprüche. Daß man Gelegenheit nimmt, die Politik der Maximalisten, wenn nötig, in die rechte Beleuchtung zu rücken, kann man nur als erfreuliche Nebenerscheinung buchen. Macht und Herrschaft einer Person oder eines Standes dulden die Herren Maximalisten nicht, dabei entfallen sie aber einen rücksichtslosen Terrorismus, solange sie dazu die Macht haben. Die Ukraine und Anland mögen entsprechend dem sozialistischen Programm die Hände, welche sie mit Russland verknüpfen, abstreifen, doch gegenüber Polen, Rumänien und Albanien soll der gleiche Grundsatze keine Anwendung finden. Und zwar deshalb nicht, weil diese Gebiete sich zweifellos nach dem Westen anlehnen und damit die Machtstellung der Mittelmächte vergrößern werden. Die Mittelmächte aber sind den Herren Lenin und Trotski ebenso ein Gräuel, wie sie es Nikolai Nikolajewitsch, Miljutin und anderen Kriegshelden gewesen sind. So kommt es der russischen Delegation nicht auf einen Widerstand mehr oder weniger an, ihr heiligst ist lediglich der Zweck die Mittel. Bewundernswert ist nur, mit welcher Unmühsamkeit die Vertreter des Bundes, insbesondere Herr von Bülowmann, den Winkelspielen Rede und Antwort geben, obwohl sie wissen, daß Trotskis Reden nur für die Waise bestimmt sind.

In einem Teil der deutschen Presse bricht die Frage auf, ob es Trotski und seine Genossen wirklich um den Frieden zu tun sei. Wenn man die Verhandlungen liest, kann ein solcher Gedanke gar leicht aufkommen. Und doch ist es wohl unzutreffend. Die russische Delegation will eben herausfinden, was sie herausfinden kann, und ihre Forderungen stehen manchmal im ungeschriebenen Verhältnis zu dem, was sie aufgrund der Kriegslage zu fordern berechtigt wäre. Warum sollen sie nicht mit Worten reichlich freileben, warum sollen sie nicht an den Tag denken, daß jeder umsonst erhält, je mehr er fordert. Sollte es wirklich um Frieden kommen, dann werden die Maximalisten zweifellos einen schweren Stand haben. Alle ihre Gegner vereinigen sich nämlich, um Anklage wider Unterhändler und Negierung zu erheben. Und wenn dann Rechenschaft von der Verhandlung gegeben werden muß, dann möchte Trotski doch allzu gerne das wiederholen, was bereits Kriewitsch in einem Armeebefehl bekannt gab: Die Führer der deutschen Bourgeoisie haben sich vor dem Geiste der Revolution gebeugt. Je mehr für Russland aus den Verhandlungen herauskommt, umso besser sind die Aussichten für die kommunistische und sozialistische Bewegung. Unter diesem Gefühls-

punkte wird man vorläufig die Verhandlungen in Brest-Litowsk zu betrachten haben. Daß es Trotski und Konsorten auf eine Danksagung anläßt, daß sie also Gagner wären, zu dieser Annahme besteht vorläufig keinerlei Berechtigung.

Ja, wenn es einig und allein auf die russischen Persönlichkeiten anläßt, um zum Frieden zu gelangen, dann wäre der Vorstoß oberster politischer Grundsatze. Aber Russland ist in einer fürchterlichen Zwangslage. Es muß den Frieden unter allen Umständen herbeiführen. Werden die Russen niedergelegt, dann besteht die Aussicht, daß das Land alsbald wieder aufgebaut werden kann. Dauert der Krieg fort, so eröffnen sich für die Maximalisten wie für die ganze Bevölkerung furchtbare Perspektiven. Dazu besteht keinerlei Aussicht, durch einen Abbruch der Verhandlungen die Kriegslage für Russland zu verbessern und später unter günstigeren Bedingungen die Verhandlungen neu aufzunehmen. Jeder neue Tag des Krieges verschlechtert die Aussichten nach innen und außen. Will Trotski nicht den Frieden machen, so entstehen bald aus dem Chaos andere Männer, die unter schlechteren Vorbedingungen den Boden der Verhandlungen wieder aufnehmen. Aus diesen Gründen haben wir auch keinerlei Berauhung, allzu weit zu gehen. Je mehr wir nachgeben, umso größer der russische Appetit, umso weniger Aussicht, alsbald das Tor des Friedens im Osten aufzureißen. Die russische Delegation wird den Frieden machen oder nicht, ganz ohne Rücksicht darauf, ob wir mehr oder weniger weit entgegenkommen. Denn in unserem Falle hat der wissenschaftliche Sozialismus recht. Nicht Männer sind es, welche Weltgeschichte machen, sondern die wirtschaftlichen und sozialen Zustände. Diese aber fordern, daß die Waffen niedergelegt werden, diese würden auch die stärksten Männer alsbald hinwegjagen. Mögen darum Trotski und seine Untergebenen das Verantwortungsbewusstsein von Brest-Litowsk als politische Arena auflassen, mögen sie — was ihr gutes Recht ist — soviel wie möglich herauszufinden versuchen, die Ereignisse geben unerbittlich ihren Lauf. Die Mittelmächte können ruhig den Willen der Verhandlung mit den Russen ablegen, sie können den Wunsch der Macht zur Anwendung bringen, und die Dinge würden sich doch ganz normal entwickeln, weil die Verhältnisse härter sind als die Menschen, weil wir auf's Land völlig besetzt haben.

Der deutsche Bericht

Großes Hauptquartier, 17. Januar (W. T. B. Amtlich.)

Weltlicher Kriegsführer. Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsgänge. Abwehr von Vorküscheln, an der Scarpe, bei Verdun und El. Tannenberg wurden einige Gefangene gefangen.

Ostlicher Kriegsführer. Nichts Neues. Wogedonische Front. Im Grenzgebiet dauerliche Artilleriekämpfe.

Italienische Front. Die Lage ist unverändert. Bei ihren Gefangenen und verletzten Anzählungen am 14. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen 12 Offiziere und mehr als 1000 Mann eingebracht.

Der österreichische Bericht

Wien, 17. Januar. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Zwischen Fronte und Monte Verica beständige der Österreicher keine Gefangenen nach den erfolglosen und verlustreichen Angriffen des Vortages auf heilige Feuersbrünste. In den Kämpfen am 14. und 15. Januar wurden 12 Offiziere und über 1000 Mann Gefangene eingebracht.

Begehr in der Zeitung des Reichskabinetts. Berlin, 17. Jan. Der Chef des Reichskabinetts des Reichs, Herr Kabinettsrat von Valentini, ist aus seinem Amte ausgeschieden. In seinem Nachfolger ist der Oberpräsident von Bayern, Eugen von Berg, ernannt.

Ministerialdirektor Thiel. Berlin, 16. Jan. Hier ist einer der vornehmlichen Förderer der deutschen Landwirtschaft, Ministerialdirektor a. A. Thiel, im Alter von nahezu 79 Jahren gestorben. Herr Thiel wirkte etwa vier Jahrzehnte lang im Landwirtschaftsministerium in hervorragender Stellung.

Die Kanzlerrede. Berlin, 17. Jan. Eine Meldung, wonach der Reichskanzler Graf Hertling seine angekündigte Rede über die auswärtige Politik schon morgen im Hauptsaal des Reichstages halten würde, ist unzutreffend. Ein bestimmter Tag ist noch nicht festgelegt und konnte nicht festgelegt werden, weil der Kanzler erst eine gewisse Klärung in den Verhandlungen in Brest-Litowsk abwarten will. Von der Art dieser Klärung wird es auch abhängen, ob der Kanzler vor dem Hauptsaal oder in einer Sitzung des Plenums spricht. Wahrscheinlich wird die Zusammenberufung des Reichstages bald erfolgen.

Das Berliner Ergebnis. Berlin, 17. Jan. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Zu den künftigen Konferenzen zwischen der Obersten Staatsregierung und dem Reichskanzler erhoffen wir, daß ein volles Einverständnis dahin erzielt worden ist, daß die Regelung der gesamten Ostfragen als ein einheitliches Ganzes zu betrachten sei, und daß daher die litauische, baltische und polnische Frage wechselseitig ineinander übergehen. Damit ist eine einheitliche deutsch-österreichische Front gegenüber Russland gegeben. Diese Front wird sich auf die brennenden derzeitigen Verhandlungen in Brest-Litowsk und die kommunistische und sozialistische Bewegung. Unter diesem Gefühls-

ausgebaut, aber nie umgekehrt werden können. Ebenso ist ein volles Einverständnis darüber vorhanden, daß auch nach dem Westen hin wir uns in den Verhandlungen geschlagen werden müssen. Ob und wieviel diese Verhandlungen territoriale Defensivmaßnahmen umschließen werden, wird unserem Verteidigungspunkt entsprechend davon abhängen, wie weit unsere Feinde uns zu gehen zwingen. Je größer die Gefahr ist, die wir unserer Selbstbehauptung zu bringen gezwungen werden, je größer also die gegen uns gerichtete Drohung ist, umso größer und nachdrücklicher werden die Garantien werden müssen, die uns vor einer Wiederverletzung solcher Drohungen schützen. Für dieses Ergebnis erwies sich eine grundsätzliche Neuorientierung unserer vom Reichskanzler als verantwortlich zu vertretenden Politik nicht als gegeben. Deutschland wird die ihm unentbehrlichen militärischen Sicherungen erhalten, ohne den Boden des Rechtes zu verlassen. Alle sonstigen Nachfragen der letzten Tage entbehren somit jeder rechtlichen Berechtigung.

Die Bereitwilligkeit der Ukraine

Ein Schritt vorwärts

Brest-Litowsk, 18. Jan. (W. T. B. Amtlich.) Am Laufe des heutigen Vormittags versammelten sich die Delegierten der vier verbündeten Mächte zu einer internen vertraulichen Besprechung. Staatssekretär v. Kuhlmann gab in längerer Rede Auskunft über den Stand mit der russischen Vertretung in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und territorialen Fragen. Die Fortschritte der verbündeten Vertretungen brachten dem Staatssekretär einmütig ihren Dank und ihre volle Zustimmung zum Ausdruck.

Infolge Unwohlseins des Ministers des Auswärtigen Grafen Czernin fand eine für heute nachmittags angesetzte vertrauliche Besprechung mit den ukrainischen Delegierten in der Privatwohnung des Ministers statt. Die einestunde lange Unterredung, an der auch die deutsche Delegation teilnahm, führte zur Feststellung eines prinzipiellen Einverständnisses über die das künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Hiermit dürfte ein entscheidender Schritt nach vorwärts getan worden sein. Als morgen eine Fortsetzung dieser Besprechungen anberaumt. Es sollen dann auch Wirtschaftsfragen erörtert werden. Nach dem binnen kurzem zu erwartenden Abschluß des vertraulichen vorbereiteten Verhandlungsabkommens wird in Detailfragen eingetreten werden.

Brest-Litowsk, 17. Jan. (W. T. B. Amtlich.) Bei der heute zwischen der deutschen und der österreichisch-ungarischen Delegation einerseits und der ukrainischen Delegation andererseits abgehaltenen Besprechung wurde einestunde das bisherige Ergebnis der über die politischen Fragen vertraulich gepflogenen Besprechungen referiert. Graf Czernin hob hierbei die für die Brest-Litowsker Verhandlungen überhaupt geltenden und auch von der ukrainischen Delegation anerkannten allgemeinen Grundsätze hervor, daß die Einmischung eines Teiles in die inneren Angelegenheiten des anderen ausgeschlossen sei. Andererseits bestünde ein Einverständnis darüber, daß beim Zustandekommen eines der Entwicklung eines dauernden Freundschaftsverhältnisses sich die beiden Teile bereit seien, sich unter der Voraussetzung voller Gegenseitigkeit über verschiedene sie interessierende politische und kulturelle Fragen auszusprechen. Hierbei wies Graf Czernin beifolgende Weise auf die Bedeutung der Sicherstellung des Schicksals der ukrainischen Kinderheiten hin, welche Mithin dem ukrainischen Staatswesen angehören werden. Diese Sicherstellungen wurden von der ukrainischen Delegation aufgenommen und mit dem Bemerkten zur Kenntnis genommen, daß sie auf Grund derselben in die weitere Verhandlung einzutreten werden. Bei der weiteren Besprechung über die Regelung des beiderseitigen Wirtschaftsverkehrs wurden keine solchen Differenzen in den grundlegenden Auffassungen festgestellt, daß sie das Zustandekommen einer Vereinbarung zu hindern vermöchten. Die Beratungen wurden soweit gefördert, daß sie sich bereits auf konkrete Fragen des Warenverkehrs bezogen. Der Gang der Verhandlungen und ihr bisheriges Ergebnis lassen die Erwartung eines befristeten Abschlusses der Verhandlungen erhellen. Die Weiterberatung ist einer Spezialkommission übertragen worden, die ihre Arbeiten sofort aufnehmen und mit tünlichster Beschleunigung durchzuführen wird.

Die Räumungsfrage

Brest-Litowsk, 16. Jan. (W. T. B.) Bei Erörterung des beim Staatssekretär v. Kuhlmann gemachten Vorschlags, für die Räumung der entfallenden Abstimung in den besetzten Gebieten den Zeitraum zwischen dem Abschluß des Friedens mit Russland und spätestens einem Jahre nach dem allgemeinen Friedensschluß anzusetzen, schloß Herr Trotski sofort die Räumungsfrage an. Er führte aus, daß die genügenden Gründe vorlägen, das Schicksal der besetzten Gebiete an den Verlauf und den Weitergang des Krieges zu knüpfen. Freilich werde durch die Wiederherstellung des friedlichen Verhältnisses zwischen den beiden Parteien die Fortsetzung des Krieges auf anderen Fronten nicht ausgeschlossen. Er sei aber der Ansicht, ohne vorläufig einen bestimmten Termin nennen zu wollen, daß die Frage der Regelung der Gebiete der besetzten Gebiete in Zusammenhang gebracht werden müsse mit dem Friedensschluß an der Ostfront.

Die Erfolge zur See

Der Dampfer verläßt

Berlin, 17. Jan. (W. T. B. Amtlich.) Ein neuer Unterseeboot hat kürzlich an der Küste Englands vier Dampfer, im französischen Biscaya dem Meer an Land gezogen, einen Dampfer und einen als Dampfer verkleidet. Die Mehrzahl der Schiffe wurde unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung in dem für harte Kämpfe abwehr besonders geeigneten Gewässern der Irischen See und des Britischen Kanals in geschlossenen Angriffen vertrieben. Simultane Dampfer waren in der See und des Britischen Kanals in geschlossenen Angriffen vertrieben. Unter ihnen konnten die russischen Dampfer „Gimel“ und „Dokan Glig“ festgestellt werden. Von den beiden anderen Dampfern hatte der eine Kohlen, der andere vom Aussehen nach einem englischen Dampfer „Garemont Gable“, die Linsen, vertrieben. Der Dampfer „Garemont Gable“ wurde vertrieben. Der Dampfer „Garemont Gable“ wurde vertrieben.

Staatsekretär von Kuhlmann weist demgegenüber zunächst darauf hin, es liegt schon ein großes Entgegenkommen darin, daß die Verbündeten sich bereit erklärt hätten, die unter Artikel I der deutsch-österreichisch-ungarischen Vereinbarung fallenden Gebiete bereits nach Abschluß der russischen Demobilisierung ohne Rücksicht auf den Fortgang des Weltkrieges zu räumen. Ein weiteres Entgegenkommen ließe sich der Verbündeten in diesem letzten Punkte hätte er nicht für ausgeschlossen, falls man in den anderen Punkten zu einer Vereinbarung gelangen. So jedoch die Möglichkeit der Räumung der Gebiete bei Fortdauer des Krieges an der Ostfront. Bei Fortdauer des Krieges an der Ostfront werden jedenfalls erheblich größer sei als nach Abschluß eines allgemeinen Friedens, so müßte es als ausgeschlossen angesehen werden, die Räumung der in Artikel I des deutsch-österreichisch-ungarischen Entwurfes aufgeführten Gebiete einen Zeitpunkt ins Auge zu fassen, der nicht mit dem Abschluß des allgemeinen Friedens zusammenrechnet. Weitere Sicherungen als in Artikel I vorgesehen, könnten keinesfalls der Verbündeten, solange der allgemeine Krieg dauert, ummöglich aufgegeben werden.

Herr Trotski entgegnete, daß er in der Erklärung der Räumung der Gebiete gemäß ihrem Willen die beste Sicherheit gegen ein Wiederaufleben des Krieges an der Ostfront erblicken würde.

Staatsekretär von Kuhlmann bekräftigte, daß zwischen den Parteien Übereinstimmung herrsche in dem Wunsche möglichst bald dem durch den Krieg geschaffenen Zustand ein Ende zu bereiten, wiederholte aber, daß es aus dem dargestellten Grunde unzulässig sei, die Räumungsfrage vorzeitig zu schließen.

Die Nachmittags-Sitzung wurde um 5 Uhr durch den Staatssekretär von Kuhlmann mit folgenden Ausführungen eröffnet: „Seine Herrschaft! Wir haben heute morgen die Besprechung des Zeitraumes der Räumung zu Ende geführt und mit Bedauern konstatieren müssen, daß aus der Gegenüberstellung der von uns ausgeführten Gründe vollkommen durchschlagender Natur waren, keine Gemintheit bestand, auf unsere Darlegungen in irgend einer Weise einzugehen. Wir übergeben zum zweiten Male dieser Diskussion, der sich bezieht auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter denen die Räumung eines selbstbestimmten an gerechtes Ersehen soll. Die Hauptfrage wird sein, inwiefern die Freiheit der Abstimung bei der Räumung in der ausschlaggebenden Begründung durch die Gegenwart unserer Truppen in den besetzten Gebieten beeinträchtigt wird. Die verbündeten Delegationen sind von der vollkommen ausreichenden Absicht geleitet, für die Abstimung beziehungsweise Wahlen das höchste mögliche Maß von absoluter politischer Freiheit zu sichern, das mit den Umständen örtlich ist. Dies ist, wie sich aus der Natur der Sache ergibt, zum größten Teil nicht eine militärische Frage. Der Kaiserin innerhalb dessen die Diskussion über die Frage laufen kann, die durch militärische Notwendigkeiten gezogen, über die hinaus wir nicht gehen können. Die beiden Gesichtspunkte innerhalb deren diskutiert werden kann, sind folgende: Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig. Ein Teil aus militärisch organisierter Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes im Gange zu halten. Es wird von unserer Seite in bindender Form die Zusage gegeben werden, daß diese organisierten Kräfte in dem Gebiet, um das es sich handelt, in keiner Weise sich politisch betätigen und keinen politischen Druck ausüben dürfen. Aus diesen Voraussetzungen heraus vertreten wir unbedingt die Ansicht, daß die Gegenwart dieser Kräfte der Freiheit der Abstimung in keiner Weise abträglich sein kann und infolgedessen die Ausübung einer vollkommen freien Abstimung keineswegs beeinträchtigt ist.“

Der Vorsitzende der russischen Delegation wandte sich zunächst wieder der Frage der Räumung der besetzten Gebiete an. Gegenüber einer deshalb an ihn gerichteten Bitte des Staatssekretärs von Kuhlmann, doch zum Thema zu forschen, nämlich zu der Frage unter welchen Bedingungen eine Abstimung stattfinden könne.

Aus der Provinz

Kirchliches

58. Jhr. n. M. Nächsten Sonntag um 3 Uhr nachmittags ist für Dösch und Umgebung Versammlung des Teutonen Ordens.

Elstville, 17. Jan. Die Aufnahmeprüfung für die hiesige Seminar-Präparandenanstalt findet Dienstag, den 26. März d. J. Anmeldungen wolle man bis zum 24. Februar dem Königl. Lehrereisenamt einreichen, von dem auch auf Wunsch ausführliche gedruckte Auskunft überhandelt wird.

Friedrich, 17. Jan. In der Nacht zum Dienstag wurde hier aus dem Stalle des Landwirts Friedrich ein Hund gestohlen. Das Tier hat man dann auf freiem Felde abgeschlachtet. Die Spur der Diebe führt nach Wiesbaden.

Frankfurt a. M., 17. Jan. Die katholischen Frauen und Jungfrauen Deutschlands beschließen auf Anregung und unter Führung des katholischen Frauenbundes in Köln am Rhein, eine Frauen-Friedensfeier in der Stadt St. Elisabeth in Wiesbaden zur Erinnerung an den Weltkrieg zu veranstalten. Dadurch soll gleichzeitig auch der hier herrschenden Kirchennot abgeholfen werden. Morgen Freitag, finden in unserer Stadt die ersten Beratungen statt. Herr Weihbischof von Bistum aus Paderborn wird als zweiter Vorsitzender des Kommissionsvereins an den Verhandlungen teilnehmen.

al. Rom Launus, 16. Jan. Die in den Tausendwunden begonnenen Volksversammlungen scheinen wieder fabelhaft hohe Preise zu zeitigen. Die Schuld daran trifft, wie auch sonst meist, nicht die Verkäufer (Händler und Gemeinde), sondern die Käufer, besonders die, die sich über die heutigen Marktpreise beschwerten. Früher wurden kaum die Tarpreise des Getreides angeboten, heute wird der Markt voll genommen und mit den Waren umspringen, wie früher mit den Feinmünzen. Die meisten Gemeinden wollen gar keine so hohen Preise erzielen, denn fremde (auswärtige) Käufer werden von den Versteigerungen ausgeschlossen.

Somburg v. d. S., 17. Jan. Vor dem hies. Friedensgericht wurde folgender „interessante“ Fall verhandelt, interessant, weil wegen der Kleinsumme von 20 Pfennig — in Worten: Zwanzig Pfennig — im Verlauf der Verhandlung, der Papierknappheit und der mit beiden zusammenhängenden „Bereinschaffung“ der Schreibarbeit der ganze Apparat einer Gerichtsverhandlung in Bewegung gesetzt werden mußte. Vor einiger Zeit kam in ein hiesiges Hotelrestaurant ein Herr aus Wiesbaden, trug ein Glas Bier und ließ sich einen Bogen Briefpapier mit Fülle und Schreibmaterial geben. Beim Zahlen wurden ihm dafür 20 Pfennig von der Saalbucher abverlangt, die vorher den Wirt gefragt hatte, was für die Rechnung stellen solle. Der Gast zahlte, bemerkte, es sei etwas viel, ging gar Polizei und stellte Strafantrag wegen „Bereinschaffung“ der Kriegsgeldes. Die Polizei gab die Sache der Staatsanwaltschaft weiter, und gestern wurde vor dem Friedensgericht in Anwesenheit eines Sachverständigen, einer Zeugin und eines Verteidigers verhandelt. Dermal ergründen die Verhandlungen, weil der Termin verlegt wurde, also wurde mehr Papier beschreiben, als der Streitgegenstand wert war. Und das Ende? Freispruch, weil nach der heutigen Lage auf dem Weltmarkt der Preis in angemessenem Verhältnis zum Einkaufspreis steht, und die Kosten trägt die Staatskasse.

58. Jhr., 17. Januar. Herr Oberpostinspektor Damm, welcher 18 Jahre dem hiesigen Postamt verband, ist mit 1. Januar nach Gms versetzt worden; an seine Stelle trat mit gleichem Zeitpunkt Herr Oberpostinspektor Zimmermann aus Bismarck.

1. vom Lande, 17. Jan. Betreffs Abgabe der Steuererklärung erklärt der Vorsitzende der Einkommensteuer-Veranlagungskommission des Untertannenspreises folgende, begründete Anweisung: Sollten Steuerpflichtige nicht in der Lage sein, ihre Steuererklärung selbst aufzustellen, so können sie dieselbe in meinen Geschäftsräumen mündlich abgeben. Die Inanspruchnahme von Personen, die gewerkschaftlich Steuerklärungen anfertigen, empfiehlt sich nicht, da diese Personen meist nicht in genügendem Maße mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut sind. Es liegt also im Interesse der Steuerpflichtigen in zweifelsfällen die Steuererklärung bei mir zu Protokoll zu geben. In direktem mündlichem Verkehr mit mir lassen sich alsdann Zweifel und Unklarheiten leichter beseitigen. Erörterungen und spätere Berufungen werden vermieden. Ueberdies werden auch Kosten erspart.

Weinbau

Zur Steigerung der Weinpreise

Die gewaltige Steigerung der Weinpreise, die vielfach in Wucher ausgeartet ist, hatte die preussische Regierung veranlaßt, einen bekannten Weinbauwissenschaftler zu einem Gutachten anzufragen. Die „V. R. W.“ entnehmen dem Schriftstück folgende für die Allgemeinheit bemerkenswerte Angaben:

Im August 1914 waren die Reben in ganz Deutschland sehr stark mit ausländischen Wein, insbesondere mit den guten 1911er Bordeaux- und Burgunderweinen gefüllt. Auch deutsche Weine waren reichlich vorhanden, die Preise waren niedrig. Nach Kriegsausbruch, hatte das Geschäft plötzlich ab und lebte sich erst langsam wieder vom November an. Anfang 1915 kamen gewaltige Anforderungen für den Kriegseinsatz, namentlich in Rot- und Schwarzwine. Die wichtigsten deutschen Verbrauchsweine wurden in gewaltigen Mengen — gegen 30 Millionen Liter etwa — zu Kriegszwecken verbraucht. Des Brennereibehor kam erst im Frühjahr 1917 also zu spät. Der sehr bald eintreffende Mangel an guten Weinen erhöhte ebenfalls den Weinverbrauch. Die gewaltigen Anforderungen drückten auch die Weinpreise auf die Höhe, namentlich für die schönen 1917er. So erklärt sich die enorme Steigerung. Eigentlichen Ursachen möchte der Verdrängungscharakter der Weine durch die ausländischen Weine schreiben, die während des Krieges, ohne daß sie selber etwas zu verlieren hätten, sich auf irgend einen Markt stürzten, der ihnen gewinnbringend schien. Ihn mit dem Abverkauf von Dintermännern an sich ziehen und im Weinhandel verdrängen. Der alte reiche deutsche Weinhandel ist von diesem Vorkauf freigeblieben. Er trägt auf nicht zu, daß erhebliche Mengen Wein vom Großhandel oder vom Erzeuger zurückgehalten

worden seien, dagegen würden auch mancherlei Gründe sprechen; zunächst die Gefahr der Beschädigung, dann die Schwierigkeit, bei dem Mangel an Arbeitskräften und vielen wichtigen Gegenständen, die Weine zu pflegen und zu verkaufen, und schließlich die weitere Schwierigkeit der Kühlung auf Flaschen, weil eben Flaschen „an“ Rollen fehlen. Bekanntlich läßt aber Wein sehr schnell im Bette, wenn er nicht rechtzeitig abgefüllt wird.

Empfehlenswert wäre immerhin eine Befreiungsausnahme aller auf Jagd lebendiger deutscher Weine- und Rotweine. Auch müssen Bestimmungen ergehen, die den Weibser verpflichtet, auf Anfrage den Kaufpreis zu führen, daß seine Weine dem freien Handel oder den Veräußerern in entsprechenden Mengen angeboten und regelmäßig abgegeben werden. Am dem Weinmangel abzuhelfen, muß weiterhin nicht nur das Verunreinigt aufrechterhalten werden, sondern auch die Schaumweinproduktion eingeschränkt bzw. verboten werden, andererseits wäre die Herstellung von Tresterweinen in großem Umfang zu erleichtern. Die sehr wichtige Frage der Weinpreise ist im Weinhandel äußerst schwierig; eine solche Verordnung ist aus verschiedenen Gründen schwer durchführbar. Wenn die Preise für einen Bezirk zu hoch gehalten sind, ist damit der Allgemeinheit nicht genügt, sind sie aber zu niedrig, dann hat der Winger kein Interesse, auf Weizen zu bauen; er wird nur „Korn“ erzeugen und damit den Ruf und den Wert des deutschen Weines herabsetzen. Es gibt noch der Meinung des Sachverständigen kein sicheres Mittel, um den Preisdruck aufzuheben, dagegen vertritt er sich eine schnelle Verringerung nach Eintritt des Friedens, sofern die Ubergangswirtschaft die Einfuhr von Wein und die gerechte Verteilung dieser Weinmenge unter bestimmten Verkaufsbedingungen zuläßt. Dann wird die uralte Regel von Angebot und Nachfrage wieder ein allmähliches Sinken der Weinpreise bewirken.

Das Umgehen der Komposthaufen

Sollte auch während des Winters nicht unterlassen werden. Die natürlichen wie künstlichen Düngemittel sind bekanntlich rar und teuer. Etwa ist in diesem Winter nicht in ausreichender Menge vorhanden, um genügend in Stallung produzieren zu können und mit dem künstlichen Dünger sind die Landwirte nur auf das Zufuhr angewiesen. Da aber dem Boden die höchstwertvollen Erträge für die Allgemeinheit abgezogen werden müssen, so muß überall, wo sich nur Gelegenheit bietet, für Düngung gesorgt werden. Während der harten Kriegszeit haben Gartenbesitzer aus und Landwirte an geeigneten Stellen Komposthaufen angelegt und mit dem Kompost Dünger gute Erfahrungen gemacht. Gute Komposthaufen erhält man aber nur dann, wenn dem Hausen zweckdienlich Stoff zu gefüllt werden und dieser gründlich verrottet wird. Ran tut gut, zwischen jede Schicht etwas fetten Dünger (Strohmist) zu packen und jede neu aufgebraute Lage mit Jauche zu durchdrücken. Von Vorteil ist es auch, ungefähren Raum dem Komposthaufen zuzuleiten. Man verfährt hierbei in folgender Weise: Von dem Material, welches zu Kompost verarbeitet werden soll wird eine Lage von etwa 0,5 m Breite und 50 cm Höhe in bestmöglicher Lage hergerichtet. Auf diese Lage breitet man die Reststoffe aus, worauf wieder eine Lage Kompostverderbe gebracht wird. So wird fortgefahren, bis das Material erschöpft ist. Nach einigen Tagen ist der in dem Haufen untergebrachte Stoff in Mist aufgegangen, geruchlos entleert dann Risse im Haufen, das ist ein Hinweis den ganzen Haufen mit der Gabe umgesehen, wobei sich der meißelartige Mist mit der Erde vereinigt. Damit der Zufuhr von Stallmist nicht verdrängt, bringt man denselben erst nach der Stallgasse in den Haufen. J. L.

Aus Wiesbaden

Die Zukunft Wiesbadens

Das Organ des Wiesbadener Haus- und Grundbesitzervereins, die „Wiesbadener Bürgerzeitung“ widmet ihre letzte Nummer der Zukunft der Stadt Wiesbaden. Stadtrat Kalkbrenner, der Vorsitzende des genannten Vereins betrachtet in drei Aufsätzen Wiesbaden als Weltstadt, als Rentnerstadt und als Industriestadt. Mit diesen Forderungen wird zweifellos ein höchstbedeutendes Kapitel aufgeschritten, wenn auch genaue Angaben nicht vorliegen, so darf man diesen wohl sicher sein, daß von allen Wohlfahrten Wiesbaden am schlimmsten durch den Krieg betroffen worden ist. Dunkel ist die Zukunft. Es besteht die Möglichkeit, ja sogar die Wahrscheinlichkeit, daß sich Wiesbaden nach dem Kriege ein großes Aufleben erfreuen wird. Mit absoluter Sicherheit läßt sich das freilich nicht voraussagen, da Erfolg und Ende des Krieges hierfür von ausschlaggebender Bedeutung sind. Jedenfalls erfordert die einzigartige Stellung unserer Stadt, daß dem Problem große Aufmerksamkeit gewidmet wird. Daran sind nicht nur Stadtverwaltung, Haus- und Grundbesitzer, sondern auch die gesamte Bürgergesellschaft auf das höchste interessiert. Stadtrat Kalkbrenner erklärt in dem Artikel „Wiesbaden als Rentnerstadt“ folgendes:

„Gewaltige Nachfrage wird sich in Wiesbaden für Wohnzwecke, insbesondere für Villen und Einfamilienhäuser einstellen. Hier sind wir noch nicht genügend gerüstet. Wohlwollende Baugelände, Höhen und Klagen sind vorhanden, aber die früher bekannten Schwierigkeiten in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind zum größten Teil, sie müssen wesentlich gemindert und beseitigt, dafür aber der Ausbau in Umlegungsbezirken gefördert werden. Zu kommt dazu nicht mehr verlangt werden, daß Baugelände ungezügelt Sammen für Straßenverläufe abgefordert werden, und daß nicht gebaut werden darf, die Straßen von Kreuzung in Kreuzung vollständig ausgebaut sind. Solch strenge Anforderungen beim Straßenbau haben schon manchen guten Steuerzahler abgelenkt, sich in Wiesbaden niederzulassen. Majore Viktorie Sonnenberg. Vierhundert Jahre haben geringere Anforderungen gestellt, und dadurch starker Zuzug gehabt. Die sanitären und hygienischen Verhältnisse brauchen dadurch nicht rot zu werden, wenn bezüglich der Baurechts mehr Freiheit bewilligt wird. Diese Freiheit fordern Baugelände und Bodenpolitik, sie wird vom preussischen Staatsministerium unterstützt. Bei großen Jagen haben wir eine große Vermehrung der Steuerkraft e. b. v. der Einkommen zu rechnen und wir werden nach guten Jahren wieder in der Lage sein, schärfere Bestimmungen für die Aufhebung zu treffen. In der Übergangszeit, in

der ausgebaut werden muß, um die wirtschaftlichen Schäden zu beheben, darf keine Engstirnigkeit, die die Aufhebung behindert, Platz greifen. Wohlwollend bringt uns das Kriegsbedürfnis die Baupolizei in hohem Maße, damit die erhoffte großzügige bauliche Entwicklung Wiesbadens durch eine freien Lebensinteressen entsprechende Bewandlung unterstützt werden kann.“

„Hinsichtlich der Förderung der Industrie in Wiesbaden werden folgende Vorschläge gemacht:

1. Wie weit es sich auf dem Standpunkt, daß eine Förderung des Jungs von Groß- oder Schwerindustrie oder belästigende Industrie unter keinen Umständen, läßt sich nicht für einzuordnende Vorteile zu beschreiben ist. Ich möchte auch in Schichtarbeit belästigende Industrie nicht leben, denn nicht allein die Stadt in ihrer Gesamtheit, sondern auch die nähere und weitere Umgebung der Stadt muß ihren vornehmen und landwirtschaftlichen Charakter behalten. „Wiesbaden am Rhein“ darf keine chemischen Industrie, keine Kordemablen, keine Glasfabriken, Zigaretten usw., welche die Luft mit Rauch und Gasen erfüllen, und den Rhein mit Abwässern verschmutzen, erhalten. Die Industrie, welche wir brauchen, sollen mit elektrischer Kraft arbeiten. Solche Industrie gibt es in Dülle und Fülle. Ich nenne nur:
2. Fabriken für Feinmechanik und Apparatur, elektrotechnische Werke;
3. Fabriken für Export, Kunststoffe, Bijouterie, Spielzeuge und Antiquitäten;
4. Firmen der Nahrungs- und Genussmittelbranche, Schokolade, Zigaretten, Kondensmilchfabrik;
5. Möbelfabriken, Firmen für Damen-Modellierung;
6. Firmen für Mode, Bekleidung und Kunstgewerbe;
7. Kunst- und Kunstgewerbe wie Kunst-Gewerkschaften und der Stahlwerkverband;
8. Verlagsunternehmen;
9. Fabriken für Seil und Seil (Wiesbaden eignet sich als deutsche Zentrale des Seilhandels);
10. Fabriken für Näh-Maschinen, Gas- und Wasserwerke, Heizungsanlagen usw.;
11. Fabriken für Antiquitäten, Lederwaren usw.;
12. Fabriken für Kunstschätze, Tüchler, Tüchler usw.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß Industrieunternehmen mit Wasseranschluss für Wiesbaden nicht reichlich in Frage kommen. Trotzdem sind wir in der Lage auch Gelände mit Wasseranschluss zu bieten. Die allein zu fördernde umwandelte Industrie hat mit nur geringen Wasserverbrauch, hauptsächlich Süßwasser. Es ist ferner Tatsache, daß unter sämtlichen Großstädten Deutschlands sich nicht eine einzige Wohnstadt befindet, welche auf Förderung der Industrie anstrengung verzichtet kann. In fast allen Großstädten ist Industrie und auch solche, die wir haben wollen in neuen Gebäuden, besonders in mehrgeschossigen Gebäuden (Etagenindustrie) untergebracht. Dadurch ist praktisch der Wasserschlag, der für höhere Grundstückspreise leistungsfähigen Industrie-Industrie, welche wir fördern wollen, hinderlich ist. In Wiesbaden stehen eine große Anzahl gewerblicher Räume frei. Es ist vollkommenlich außer Acht zu lassen, diese leerstehenden Räume mit Arbeitskräften zu füllen. Das kann durch betriebswirtschaftliche Maßnahmen leicht geschehen. Es darf nicht unterlassen werden, um die Notlage des Hausbesitzers zu beseitigen. Das geschieht, wenn leerstehende gewerbliche Räume besetzt werden.“

Vom Wetter

Die reichen Schneefälle, der Jungsform: Regen und die rasche Schneeschmelze, haben allerorts Ueberschwemmungen hervorgerufen. Der Rhein und Main überfließen sowie der Rheine Bergbach, hangen Dammweyer. Der Rhein a. S. ist in den letzten Tagen um den Meter gestiegen. Aus allen Gebirgen lauten die Nachrichten von großen Schäden. Das Hochwasser breitet sich aus. Rhein, Main, Mosel und Ried, sind über das Ufer getreten und haben viel Schaden anrichten. An manchen Stellen kam das Hochwasser in solcher Schnelligkeit, daß man dieselben in der Nacht die Stromschnellen laufen mußte, damit Menschen und Vieh konnten in Sicherheit gebracht werden. Durch Unterfließen der Böschungsbäume erebte auch der Eisenbahnverkehr große Hindernisse oder mußte gar eingestellt werden.

Einkerbung der Kommunalanleihe

Der Provinziallandtag der Provinz Hessen-Kassel ist zum 1. Mai d. J. nach der Stadt Kassel, der Kommunalanleihe des Regierungsbezirks Kassel zum 29. April d. J. nach der Stadt Kassel, der Kommunalanleihe des Regierungsbezirks Wiesbaden zum 6. Mai d. J. nach der Stadt Wiesbaden einzutreten worden.

Wiederbeginn des Schulunterrichts

In sämtlichen Volks-, Mittel- und höheren Schulen beginnt nach dem Ablauf der Weihnachtsferien der Unterricht nächsten Dienstagvormittag 8 1/2 Uhr.

Schulnachrichten

- Anstellungen: Röder, Franz, lat., Lehrer, Meudt, 1. 1. — Uebertritt an mittlere und höhere Schulen: Prell, August, lat., Frankfurt a. M., Holzmittel, 1. 1. — Aufschwung aus dem Schulbereich: Politz, Margarete, Lehrerin, lat., Eisenbach, 1. 2. — Pensionierungen: Abel, Anna, Lehrerin, lat., 1. 4. — Offene katholische Schwestern: Eisenbach und Döhr für Lehrertinnen; Weilmünster für Lehrer. Meldung: 1. Februar. Antritt 1. April.

Begnadigung eingekerkelter Kartoffeln durch die Stadt

Wir verweisen auf die in Anzeigenteil veröffentlichte Bekanntmachung des Magistrats über die wegen mangelnder Rulnuren von Kartoffeln beschlossene einseitige Begnadigung der in Dösch, Pensionen und Anstalten eingekerkerten Kartoffeln.

Lebensmittelfaktorenangebot im ehemaligen Museum

Das Publikum wird hiermit besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die jetzt kassierten Lebensmittelangebot aus Dösch und Freitag nachmittag geöffnet ist. Die Bekanntheit, daß die Lebensmittelangebot im ehemaligen Museum an den Nachmittagen genannter Wochenangebot für den Verkauf geschlossen sind, findet auf allgemeine Ausgaben neuer Kundenkarten keine Anwendung.

Ein Werk Tizians in Wiesbaden

Durch die Preise hat längst die Notiz, daß ein Werk Tizians, das bisher der Öffentlichkeit vorzuehalten blieb, von Kaiser Friedrich-Museum in Berlin erworben wurde. Es zeigt eine ruhende Person in dümmender Panktheit, mit einem Korkknoten und einem ergelbenden Gesichtsausdruck. Das Bild hat die kleine Summe von einer Million Mark zum Preis. Von Interesse ist es auch, zu vernennen, daß sich auch in unserer Stadt ein Gemälde des großen Meisters, dessen Werke kaum noch im Handel zu haben sind, kürzlich heimlich machte. Es ist das ein Bild, drei spielende Kinder darstellend, welches in den Besitz der Kunsthändler G. W. Bunsen gelangte. Das Gemälde ist 134 Zentimeter breit und 71 Zentimeter hoch, auf Leinwand ausgeführt und ist gut erhalten. Am Preis steht es nicht viel hinter der Berliner Venus gerät. Demnach sei noch, daß das Bild aus dem Besitz von Herr von Reber und Ab. Baderdoner, in Band 11, März 1879, wiedergegeben ist. Der jetzige und folgende Schatz ist vorläufig in den Tizians einer hiesigen Bank untergebracht.

Schmerz

Unter vorstehender Epithet veröffentlicht die Kgl. Regierung, Kst für Kirchen- und Schulwesen folgenden die Allgemeinen interessierenden Hinweis:

„Untere Bemerkungen, für die auswärtigen Vertretungen Beauftragten Lehrer Berganfügung.“

gen hinsichtlich der Beschaffung neuen Schuhwerks oder von Schuhwerkmaterial zu erlangen, sind bis her erfolglos geblieben. Aus dieser die Schuhwerkbeschaffung in Berlin getätigt. Schreiben vom 18. Dezember v. J. hat sich die Kontrollstelle für freigegeben. Der in Berlin genommene, daß sie zu ihrem Bedauern nicht in der Lage sei, den Leuten unseres Bezirks Schuhen zu zuweisen. Die Lehrer müßten verlangen, bei dem getriebenen Schuhmachern, die in Abständen von zwei zu zwei Monaten Leder für Reparatur zu erhalten, ihr Schuhwerk besohlen zu lassen. Sollte es den Lehrern nicht gelingen, bei den Schuhmachern Leder zum Besohlen der Stiefel zu erhalten, so müße Ersatzmaterial Verwendung finden. Wir können daher nur folgendes unterbreiten. Zunächst möge der Bezirk gemacht werden, beim Kommunalverband (Bürgermeister), welchem durch den Herrn Landeshaupmann unseres Bezirks Leder (sollte) für die minderbemittelte Bevölkerung überwiegen worden ist, aus diesen Vorräten Leder zu erwerben unter der Begründung, daß es sich um eine freigegebenen Notwendigkeit handelt. Sollte solches Leder zum Besohlen zum Vorrat der durchgeführten Stellen nicht mehr vorhanden sein oder verweigert werden, so kommt in Frage, ob nicht der noch zu erhaltene Oberteil des Schuhs mit einer Holzsohle weiter verwendet werden kann. Die Holzsohle hat einen Hals, an den das Oberleder angenagelt wird. Meist wird der Schuh dadurch allerdings etwas enger. Statt der Holzsohle wird auch eine Sohle aus getrocknetem Pappergewebe verwendet, welche sich als gut und wasserfest bewährt haben soll. Als solche Holzsohle wird z. B. eine Sohle „Hof“ zum Preis von 2.50—3.00 M. das Paar empfohlen. Diese Sohle würde auch unten benagelt werden können.“ — Was interessiert die Bemerkung, daß Leder für die minderbemittelte Bevölkerung geliefert wird. Es wäre erwünscht zu erfahren, wer unter die Kategorie „minderbemittelte“ zu rechnen ist — wenn man Familien mit 14 bis 15 Personen z. B. — wenn man Familien vom Besatz des Leders ausschließt.

„Papierknappheit zum Deuten — ein schlechter Rat“

Die Papierknappheit scheint bereits auf einige Körte bedenklichen Einfluss ausgeübt zu haben. In der „Wohlfahrtsrat“ erklärt, der vor einigen Tagen erschien. Danach, „Papierknappheit zum Deuten“ zu werden. Danach kann man bei Mangel an Holz aus Zeitungsblätter zum ersten verwenden, nur kann man die Zeitungen erst einweichen und dann, am besten in kleinen bedruckten Klumpen zusammenballen. Wir können nur annehmen, daß dieser Vorgang ein schlechter Rat sein soll, den Zeitungsblätter vorzulegen etwas warm zu machen; denn im Ernst eines solchen Vorgangs machen, hieße sich an Vaterland verraten. Nach sich das alles ist ein bedauerlicher Mangel an Papier jeder Art bemerkbar, denn nur dadurch getrennt werden kann, daß den Papierfabriken möglichst große Mengen gebrauchten Papiers zum Einweichen und Verarbeiten zugeführt werden. Dazu kommt, daß Papier ein „Wunder für alle Fälle“ und heute nach dem andern Stroh erheben muß, den uns die Reiche nicht berechnen. Da man heute für den Papier-Attache 8—10 Mark bekommt, ist Papier ein recht teures Brennholz, ganz abgesehen davon, daß der Papierfabrikant schon mehrere große Mengen halm muß, um den nötigen „Rohstoff“ zur Verfügung zu haben. Da, „ein derartiges Verhalten nur dann Anwendung finden kann, wo der Arbeiter ohnedies ständig arbeitet“, läßt den Vorschlag nicht übermäßig wertvoll erscheinen. Wie das Geld auf die Nachschub, gehört das gebrauchte Papier in die Sammelkiste, die ja jetzt auch in allen Schulen eingerichtet sind. Darum wollen wir unsere alten Zeitungen der Kinder mit in die Schule geben, die in ihrem Sammelkiste darüber so glücklich sind, daß wir uns an den stehenden Kindergeheimnisse mehr erwidern können, als an den „Papierknappheit“.

Stadts- und Gemeinderat

Die Erhebung der 4. Rate (Januar, Februar und März) erfolgt vom 15. d. Mts. ab Strassenweise nach dem auf dem Steuerzettel angegebenen Beispiel. Die Steuerzettel sind nach den Katastralanlagen der Strassen wie folgt festgelegt (die auf dem Steuerzettel angegebene Straßennummer): 1. und 2. am 15. d. Mts. und 17. Januar. 3. d. Mts. am 18. d. Mts. und 21. Januar. 4. d. Mts. am 22. d. Mts. und 24. Januar. 5. d. Mts. am 25. d. Mts. und 28. Januar. 6. d. Mts. am 29. d. Mts. und 31. Januar. 7. d. Mts. am 1. d. Mts. und 4. Februar. 8. d. Mts. am 7. d. Mts. und 10. Februar. 9. d. Mts. am 13. d. Mts. und 16. Februar. 10. d. Mts. am 20. d. Mts. und 23. Februar.

Stadtsamts-Nachrichten

Geboren. Am 13. Januar: Otto Hefner, Magisterstraße a. D., 65 J. — Am 14. Januar: Karl Pommers, 8 Mt. Jakob Döhl, Schneider, 22 J.

Katholischer Lehrereisen

Morgen, Samstag, den 19. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr ist in St. Bonifatius ein Seelenamt für die drei verstorbenen Vereinsmitglieder. Die Herren: Lehrer Gerbach, Rektor Thümmel und Lehrer a. D. Berninger. Im jährliche Beileidigung bei dem Gedächtnisgottesdienste wird gebeten.

Theater, Kunst, Wissenschaft

Konzert

Das 6. Konzert der „Verein der Kunst und Kunstfreunde“ der Stadt Wiesbaden und die Bekanntheit einer Quartett-Veranlagung, welches auf den Herren A. Friedemann (1. Violin), J. Dörsch (2. Violin), H. Kroy (Viola) und J. Salom (Cello), welche mit Recht Anspruch auf den Titel „erfahrene“ machen kann, denn das Quartettspiel der Künstler war technisch und geistig sehr hoch. Die Quartett-Veranlagung war ideal zu nennen und man nimmt den Mund nicht zu voll, wenn man dieses Quartett als eins der besten bezeichnet. Die Quartett-Veranlagung ist in der Stadt von dem Leiter so sehr bewundert, daß er ein Quartett aus der Stadt Kassel, das selbst sehr viel Erfahrung hat, in seiner Komposition machte, was man den Instrumenten auszuwählen und wachsenden Anforderungen nach erfordern. Das Quartett in der Quartett-Veranlagung interessiert sehr und fand den ungünstigen Beifall der Zuhörer. Es bestand wohl keiner höheren Erklärung, warum in solch vollendeter Ausführung Quartett-Veranlagung op. 74 und das Quartett op. 17 in A-Moll, deren Schönheit und musikalischen Reichtum allfällend, das Publikum in begeisterten Beifallsgeschreien hinriß. Wir werden und werden freuen, das Quartett-Veranlagung in Wiesbaden zu erleben zu können und den Zuhörern gebührt, daß das Quartett in der Quartett-Veranlagung. C. L.

Briefkasten

Dr. A. G. Brief aus dem Rheingau. Witten um Ihren Wunsch. Die Briefe werden wir Ihnen heute auf eine demnach in Klasse haltende Versammlung, wo zu dieser Frage Stellung genommen werden kann.

A. Dösch, 1. a. 7. bedeutet: Verlässliche Person, möge Ihren Ehes nicht hinderliche Ratzen der erlittenen Verletzungen und Operationen.

